

Pflegende Angehörige

Aktuelle wissenschaftliche Befunde aus Österreich und der EU

Im Rahmen des EU Projekts WORKCARE SYNERGIES veranstaltet das WU Team zwei Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

1. Workshop 27. Sept. 2010

Premiere des Kurzfilms „Work-Life Balance: Visionen der Kinder“

Referate zu folgenden Themen:

- Work-Life Balance aus Kindersicht
- Einstellungen zu Arbeitsverläufen und Kinderbetreuung in Europa
- Der Einfluss von Arbeitsbedingungen auf die Work-Life Balance

2. Workshop 28. Juni 2011

- **Premiere des Kurzfilms** „Von Fall zu Fall. Pflegende Angehörige in Österreich.“ von Edith Bachkönig (Regisseurin ORF/BR-Alpha) und Margarethe Engelhardt – Krajanek (Wissenschaftsredakteurin Ö1)

Referate zu folgenden Themen:

- **Care** – Altenpflege im europäischen Ländervergleich (Dr. Barbara Haas und Dr. Nadia Steiber, WU Wien)
- **Auswirkungen informeller Pflege** älterer Menschen auf den Berufsalltag (Univ. Prof. Dr. Ulrike Schneider, WU Wien)
- **Geschlechtergerechtigkeit** im Bereich der Pflege? (Univ. Prof. Mag. Dr. Erna Appelt, Universität Innsbruck)
- **Transnationale Betreuungsarrangements:** Rollen, Perspektiven und Implikationen im Spannungsfeld von Familie, Pflege und Beruf (ao. Univ. Prof. Dr. August Österle, WU Wien)

Das Projekt

WORKCARE SYNERGIES ist ein EU-Projekt (*Support Action*) mit dem Ziel, bestehende Forschungsergebnisse aus EU Rahmenprojekten zum Thema Beruf und Familie zu verbreiten und zu diskutieren. Dazu finden in Österreich, Großbritannien, Dänemark, Ungarn, Polen, Italien und Portugal Veranstaltungen statt.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Inhalten finden Sie auf unserer Projekt-Homepage: www.workcaresynergies.eu

WORKCARE SYNERIGES befasst sich mit dem "Transfer" bestehender Forschungsergebnisse, um interessierte AkteurInnen auf lokaler Ebene zu informieren.

Adressaten und Ziele

Beide Workshops richten sich an lokale NGOs, PolitikerInnen, Gewerkschaften, ArbeitnehmervertreterInnen, regionale Organisationen, DienstleisterInnen sowie Unternehmen und interessierte Personen.

Das Ziel ist es, Diskussionsergebnisse als politische Empfehlungen an die EU zu übermitteln.

In den Veranstaltungen werden ausgewählte Ergebnisse präsentiert und ihre Diskussion im lokalen Kontext angeregt.

Die Referate

Care

Altenpflege im europäischen Ländervergleich

Barbara Haas und Nadia Steiber (WU Wien)

Die Länder Europas unterscheiden sich wesentlich darin, ob eher der Staat, die Wirtschaft oder die Familie bzw. Privatpersonen für Care zuständig sind. Es stellt sich die Frage, ob vorhandene politische Instrumente Care (sowohl Kinderbetreuung als auch Altenpflege) finanziell oder institutionell unterstützen. Das Spektrum reicht von einem hohen Defamilialismus auf Basis staatlicher, professioneller Care-Angebote über die Bezahlung von Care durch Angehörige (expliziter Familialismus) bis hin zu einem Mangel an institutioneller und finanzieller Unterstützung von Care (impliziter Familialismus). Eine Hauptthese lautet: Je höher der Grad der impliziten Zuständigkeit von Familienangehörigen, umso eher wird Care privat organisiert. Dies erhöht auch die Verantwortlichkeiten zwischen den Generationen.

Ergänzend dazu wird die Bedeutung der sogenannten Substitutionsthese untersucht. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine Ausweitung der staatlichen Pflege zu einem Rückgang der familialen Pflege führt und umgekehrt. Im Gegensatz dazu postuliert die sogenannte Komplementaritätsthese, dass öffentliche, vom Staat finanzierte Leistungen eine kostengünstige Ergänzung familialer Pflege schaffen können. Die Familienmitglieder sind dann weniger belastet und stehen nicht mehr vor der Alternative, entweder die Pflege vollumfänglich zu übernehmen und eventuell auch ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, oder eine stationäre Betreuung zu organisieren. In welcher Hinsicht sich die Länder Europas in diesen Aspekten unterscheiden wird im Beitrag einführend und im Überblick dargestellt.

Zur Situation in Österreich

Informelle Pflege und Beruf

„Ich versuche eben, in der Arbeitszeit sehr effizient zu sein ...“

Auswirkungen informeller Pflege älterer Menschen auf den Berufsalltag

Ulrike Schneider (WU Wien)

Die Betreuung älterer, pflegebedürftiger Menschen ist eine Aufgabe, die sich von der Kinderbetreuung wesentlich unterscheidet. So selbstverständlich diese Aussage scheint, so überraschend ist es, dass selbst als familienfreundlich zertifizierte Unternehmen kaum eigenständige personalpolitische Konzepte für ArbeitnehmerInnen mit informellen Pflegeverpflichtungen entwickelt haben. Sofern diese Gruppe von Beschäftigten überhaupt wahrgenommen wird, scheint es eine gängige Annahme zu sein, dass die Unterstützungsmaßnahmen für erwerbstätige Eltern auch für pflegende Erwerbstätige adäquat sind und von diesen bei Bedarf in Anspruch genommen werden.

Die internationale Forschung zu informeller Pflege und Erwerbstätigkeit behandelt vorwiegend die Auswirkungen der informellen Pflege auf die Erwerbspartizipation, das Ausmaß der Erwerbstätigkeit und die Entlohnung. Die in diesen Arbeiten diagnostizierten Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf und Pflege ähneln in Art und Richtung tatsächlich jenen von erwerbstätigen Eltern. Allerdings gibt es kaum umfassende quantitative Analysen, die das „Vereinbarkeitsproblem 2.0“ mit Blick auf die konkrete Situation am Arbeitsplatz beschreiben und die betriebliche Personalpolitik über die Belange und Eigenschaften dieser Gruppe von ArbeitnehmerInnen informieren.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet dieser Beitrag Unterschiede zwischen Erwerbstätigen, die eine informelle Pflegeverantwortung gegenüber einem älteren Menschen haben und nicht pflegenden Erwerbstätigen. Wer sind die Menschen, die alternde Angehörige betreuen/pflegen und gleichzeitig erwerbstätig sind? Wie spielt die informelle Pflege und Betreuung in deren Erwerbsalltag hinein? Zur Beantwortung dieser Fragen wird auf jüngere Erkenntnisse Bezug genommen, die aus der „Wiener Studie zur informellen Pflege und Betreuung älterer Menschen (VIC2008) des WU Forschungsinstituts für Altersökonomie und in Sonderauswertungen der European Working Conditions Survey gewonnen wurden. Dabei gehört die Wiener Studie zur informellen Betreuung europaweit zu einer der sehr wenigen groß angelegten empirischen Studien, die speziell auf die Vereinbarkeit von informeller Pflege und Beruf zugeschnitten sind und eine adäquate Kontrollgruppe nicht pflegender ArbeitnehmerInnen zum Vergleich heranziehen.

Gender

Geschlechtergerechtigkeit im Bereich der Pflege?

Erna Appelt (Universität Innsbruck)

Derzeit gibt es in Österreich etwa 420.000 PflegegeldbezieherInnen. 350.000 pflegebedürftige Personen werden zu Hause überwiegend von ihren Angehörigen gepflegt. Über 80 % derer, die die Pflege übernehmen, sind Frauen – viele von ihnen sind berufstätig.

Der Vortrag beschäftigt sich mit der Situation pflegender Angehöriger: Wie gehen die Betroffenen mit der Doppelbelastung um, wenn sie erwerbstätig sind? Welche Nachteile müssen sie in Kauf nehmen, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder einschränken? Welche Unterstützung erhalten sie von der Gesellschaft? Welche Forderungen stellen pflegende Angehörige? Und schließlich wird auch die Frage aufgeworfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um den Bereich der Pflege geschlechtergerechter zu gestalten, als dies heute der Fall ist.

Transnationale Betreuungs- arrangements

Rollen, Perspektiven und Implikationen im Spannungsfeld von Familie, Pflege und Beruf

August Österle (WU Wien)

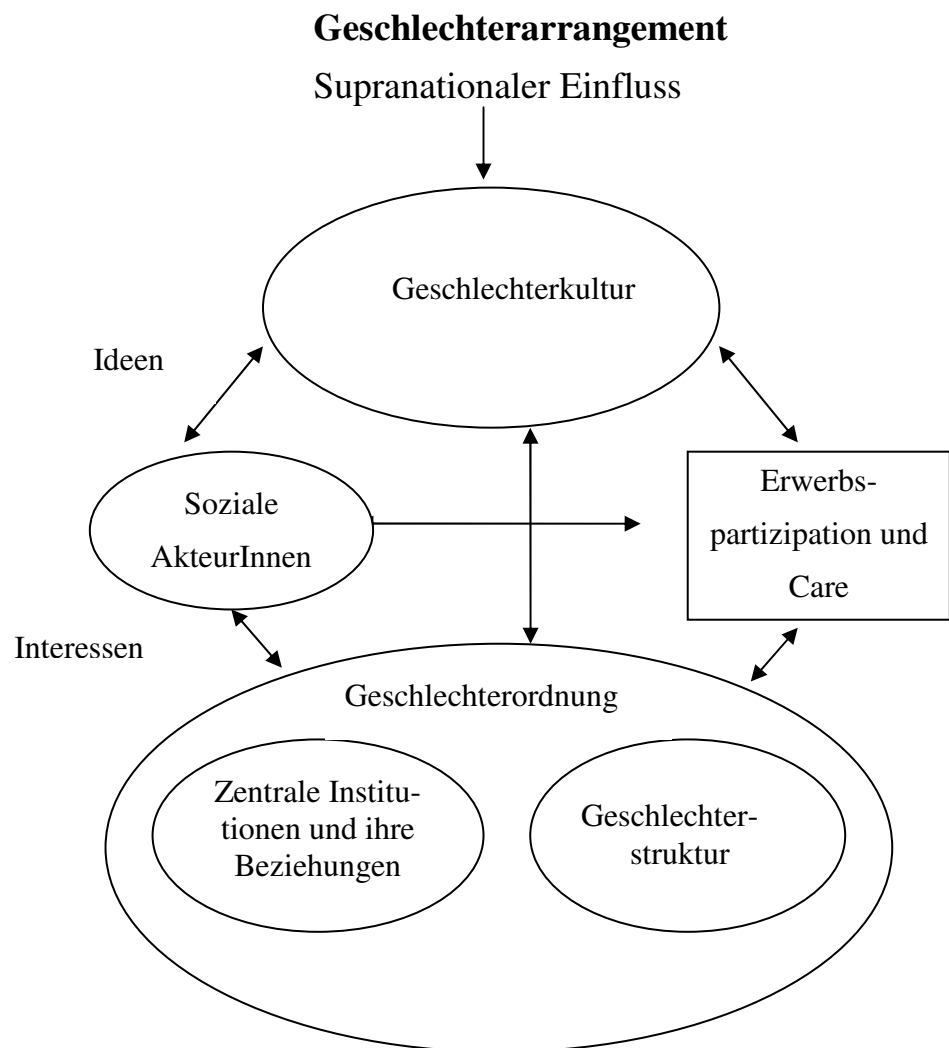
In der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in privaten Haushalten wurde im vergangenen Jahrzehnt in Österreich, wie auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern, vermehrt auf das Modell der 24h-Betreuung gesetzt. In diesen in Österreich bis 2006 meist außerhalb arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen etablierten, und seit 2007 als Personenbetreuung regularisierten, transnationalen Betreuungsarrangements sind vor allem Frauen aus mittel- und osteuropäischen Ländern in privaten Haushalten für die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen zuständig.

Der Beitrag untersucht 24h-Betreuung als Option zur Organisation von häuslicher Pflege und Betreuung im Spannungsfeld von Familie, Pflege und Beruf. 24h-Betreuung bzw. Personenbetreuung stellt für einen Teil der privaten Haushalte eine finanzierbare und effektive Alternative zur Organisation der Betreuung pflegebedürftiger Person dar. Für 24h-BetreuerInnen können die Einkommensperspektive, der Zugang zu Beschäftigung in Österreich, oder die spezifische Arbeitszeitregelung ein transnationales Arrangement attraktiv machen. Gleichzeitig tauchen in diesen Konstellationen aber auch Probleme und Konflikte auf, im Zielhaushalt wie auch im Herkunftshaushalt, im Zielland wie auch im Herkunftsland.

Weiterführende Informationen

Definition Pflege (Care) meint eine auf längere Zeit angelegte Betreuungsleistung für Betreuungsbedürftige. Sie wendet sich an Menschen, die sich selbst nicht versorgen können (Kinder, chronisch Kranke, ältere Pflegebedürftige).

Was beeinflusst Care-Optionen?



Quelle: Erwerbspartizipation und Care, in Anlehnung an Birgit Pfau-Effingers Geschlechterarrangements (Pfau-Effinger 2004, S. 45)

Geschlechterarrangement

Die Organisation von Care spiegelt soziale, ökonomische und politische Strukturen wider. Birgit Pfau-Effinger entwickelte das Konzept der **Geschlechterarrangements**, um die Unterschiede zwischen den Ländern Europas in der Frauenerwerbstätigkeit zu erklären. Es eignet sich aber auch zur Untersuchung der Organisation von Care, wie die Ergebnisse der Forschungen im Rahmen des EU Network of Excellence mit dem Titel 'Reconciling Work and Welfare in Europe' zeigen (siehe: <http://recwowe.vitamib.com/>).

Mit der Konzeption der Geschlechterarrangements plädiert Birgit Pfau-Effinger dafür, ökonomische, politische und kulturelle Aspekte in ihren komplexen Wechselwirkungen auf gesellschaftliche Phänomene zu untersuchen. Ausgangspunkt ist, dass supranationale Bedingungen wie die Dominanz globaler Märkten oder Wanderungsprozesse die Geschlechterarrangements prägen. Dabei werden drei Analyseebenen unterschieden:

Die *erste* Ebene umfasst **kulturelle Leitbilder (Geschlechterkultur)** zur Familie und zur geschlechtlichen Arbeitsteilung (Familienmodelle). Das Handeln der Individuen bezieht sich auf diese Leitbilder und stabilisiert oder verändert sie.

Die *zweite* Ebene ist die **Geschlechterordnung**, die sich in Institutionen wie z.B. dem Wohlfahrtsstaat, Betrieben, Familien und dem System industrieller Beziehungen widerspiegelt.

Auf der *dritten* Ebene wird die Bedeutung der **sozialen AkteurInnen** reflektiert. Aushandlungsprozesse zwischen ihnen sind Grundlage dafür, dass sich bestimmte gesellschaftskulturelle Leitbilder unter einer bestimmten Wohlfahrtsstaatspolitik und zu einem bestimmten Zeitpunkt durchsetzen. Die beteiligten AkteurInnen bilden einen Geschlechtervertrag (Hirdmann).

Zum Wandel kommt es vor allem dann, wenn wir Verzögerungen (*lags*) bzw. Ungleichzeitigkeiten zwischen den Ebenen beobachten. Institutionelle Verzögerung (*institutional lag*) meint, dass die kulturelle Orientierung der Frauen auf Erwerbstätigkeit fortgeschritten ist, während die sozialen Sicherungssysteme noch einem traditionellen Familienbild folgen. Dies äußert sich beispielsweise in Österreich darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Erwerbstätigkeit von Frauen und zunehmend auch von Müttern mit Kindern unter 3 Jahren begrüßt, während wir im Bereich der Kleinkindbetreuung einen erheblichen Mangel an institutioneller Unterstützung beobachten. Umgekehrt können auch kulturelle Werthaltungen hinter wohlfahrtsstaatlichen Regelungen zurückbleiben (*cultural lags*).

Care in den Ländern Europas?

Studie 1

Policy Regimes

Saraceno Chiara & Keck Wolfgang (2010): **Can we identify intergenerational policy regimes in Europe?** In: *European Societies* 12 (5), 675-696.

Chiara Saraceno und Wolfgang Keck (2010) zeigen, welche europäischen Länder welcher Politikkonzeption folgen. Dabei werden die unten erläuterten Konzepte des Familialismus anhand empirischer Indikatoren überprüft. Es stellt sich die Frage, ob vorhandene politische Instrumente zu Care (Kinderbetreuung und Altenpflege) konsistent in Richtung Familialismus oder De-Familialismus weisen. Inwieweit unterscheidet sich die Politik zur Gestaltung der Kinderbetreuung von der Politik zur Altenpflege?

Modelle des Familialismus

Hoher De-Familialismus	Recht auf Kinder- und Altenbetreuung Geld und Institutionen Die Individualisierung sozialer Rechte erfolgt durch die Betreuungseinrichtungen, die Care übernehmen und unterstützen, sowie durch ein Mindesteinkommen für PensionistInnen.
Expliziter Familialismus	Staatliche Transfers (<i>cash for care</i>) Der Mangel an institutionellen Unterstützungsangeboten macht die Familie für Betreuungsleistungen zuständig. Der Staat unterstützt die Betreuung durch Angehörige mit deren Bezahlung.
De-Familialismus und Familialismus	Kombination aus Aspekten des hohen De-Familialismus und des expliziten Familialismus Es bestehen Formen des rechtlichen Anspruchs auf institutionelle sowie finanzielle Unterstützung durch den Staat.
Impliziter Familialismus (<i>Familialism by default</i>)	Mangel an staatlicher Unterstützung Es gibt weder ausreichende Transfers wie im expliziten Familialismus noch genügend Betreuungsinstitutionen.

Quelle: MULTILINKS EU Projekt

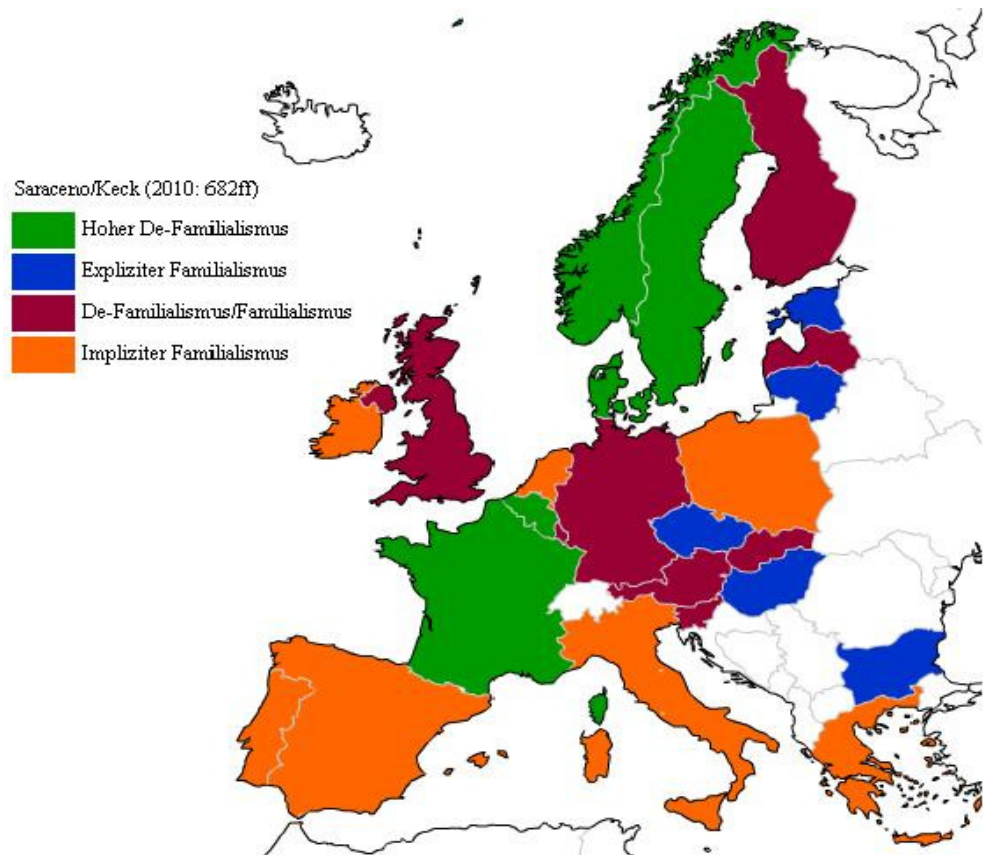
Die **Hauptthese** lautet: Je höher der Grad des impliziten Familialismus (*Familialism by default*), umso eher wird Care privat organisiert. Dies erhöht auch die Verantwortlichkeiten zwischen den Generationen.

Zweitens werden geschlechtsspezifische Wirkungen angenommen, d.h. es wird eine Fortschreibung traditioneller Muster der Arbeitsteilung erwartet. Frauen bleiben in diesen Systemen die Hauptverantwortlichen für Care (traditionelle Frauenrolle) und Männer übernehmen hauptsächlich die finanzielle Versorgung der Familie (männliche Ernährerrolle).

Zu einem geringeren Maße treffen diese geschlechtsspezifischen Wirkungen auf Systeme zu, die einen expliziten Familialismus (*supported familialism*) verfolgen. Hier bestehen prinzipiell Möglichkeiten, dass bezahlte Leistungen des Staates von Frauen und Männern in Anspruch genommen werden können. In einigen dieser Systeme gibt es explizit Anreize für Männer, Kinderbetreuung und Pflege zu leisten (z.B. nicht übertragbare Karenzansprüche oder Vätermoate). Diese Maßnahmen zur Erhöhung der Geschlechtergerechtigkeit sind primär im Bereich der Kinderbetreuung vorhanden.

Die Inanspruchnahme von Pflegegeldtransfers für Pflegebedürftige ist gesetzlich gesehen geschlechtsneutral. Die Wirkungen und die tatsächliche Inanspruchnahme von Karenz- und Pflegegeldern sind jedoch in der gelebten Praxis geschlechtsspezifisch. Zu einem überwiegenden Teil leisten Frauen Care.

Atlas der Kinderbetreuung



Quelle: Haas (2011) in Anlehnung an die Daten in Saraceno/Keck (2010)

Erläuterungen:

1. **Hoher De-Familialismus** durch öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen und expliziter Familialismus für das erste Lebensjahr (bezahlte Elternkarenz): Skandinavien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Frankreich; bis auf Dänemark und Frankreich gibt es in den anderen Ländern Väterquoten für die Elternkarenz
2. **Expliziter Familialismus** (*supported familialism*) durch staatliche Transfers für die Kinderbetreuung: Estland, Tschechien, Ungarn, Litauen, Bulgarien (in keinem der Länder gibt es Väterquoten)
3. **Zwischen De-Familialismus und Familialismus**: Finnland, Deutschland, Litauen, Luxemburg, Slowakei, Slowenien und Großbritannien nehmen eine mittlere Position ein zwischen dem skandinavischen Modell des De-Familialismus (es gibt mittlere Betreuungsquoten für unter 3-jährige Kinder) und dem Modell des expliziten Familialismus, in dem private Kinderbetreuung durch bezahlte Elternkarenzleistungen finanziell unterstützt wird (z.B. Österreich)
4. **Impliziter Familialismus** (*familialism by default*): Aus Mangel an staatlicher Unterstützung wird implizit ein Familialismus, d.h. die Zuständigkeit der Familienangehörigen, gefördert: Griechenland, Polen, Portugal, Zypern, Italien, Niederlande, Spanien, Irland.

Studie 2

Pflege in Europa

Haberkern K. & Szydlik M. (2008): **Pflege der Eltern – Ein europäischer Vergleich**, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 60 (1): 78 – 101.

In der Studie von **Haberkern & Szydlik** gehen die **Hypothesen** in eine ähnliche Richtung wie bei Saraceno & Keck: Je höher das staatliche Angebot an professioneller Care, umso niedriger ist die Care-Beteiligung der Angehörigen. Dies wird generell auch als **Substitutionsthese** bezeichnet. Die Annahme dabei ist, dass staatliche und familiäre Pflegeleistungen funktional äquivalent sind: eine Ausweitung der staatlichen Pflege führt zu einem Rückgang der familialen Pflege und umgekehrt.

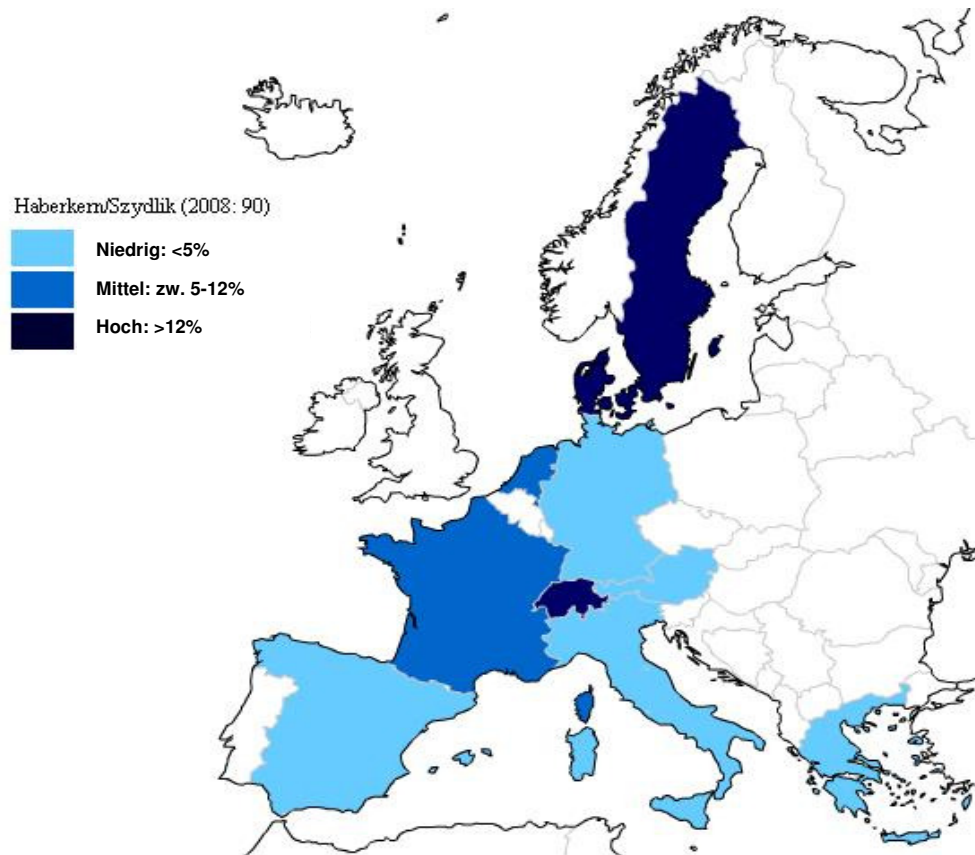
Im Unterschied dazu meint die sogenannte **Komplementaritätsthese**, dass staatliche Leistungen eine Ergänzung für die familiäre Pflege schaffen. Die Familienmitglieder werden dadurch weniger belastet und stehen nicht mehr vor der Alternative, die Pflege vollumfänglich zu übernehmen und eventuell auch die Erwerbstätigkeit aufzugeben oder eine stationäre Betreuung zu organisieren. Private und öffentliche Pflegeformen ergänzen sich.

Die ForscherInnen betonen die Schwierigkeit der Datenlage im Bereich der Altenpflege im Vergleich zur Kinderbetreuung; vor allem die Vergleichbarkeit lässt hier zu wünschen übrig. Die Ergebnisse geben nur eine sehr allgemeine Idee davon, wie sich die Verhältnisse in den einzelnen Ländern gestalten. Eine Schwierigkeit bei der Ermittlung der Betreuungsquoten von älteren Menschen besteht darin, dass sich diese nicht eindeutig berechnen lassen. Ob jemand betreut wird oder werden soll, hängt nicht wie bei den Kindern vom Alter, sondern vom Gesundheitszustand ab. Bei älteren Menschen ist der Pflegebedarf darüber hinaus auch noch abhängig von demografischen Faktoren wie der Geschlechter- und Alterskonstellation einer Bevölkerung. Aus diesen Gründen ist der Ländervergleich nur sehr überblicksmäßig möglich. Dies erfolgt in der genannten Studie auf Basis der SHARE Daten (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, im 5. Forschungs-Rahmenprogramm der EU gefördert¹).

¹ Der SHARE Datensatz umfasst 22.000 Personen ab 50 Jahren aus 15.000 Haushalten in zehn Ländern.

Atlas der Altenpflege

Anteil der professionellen Pflegekräfte an der häuslichen Pflege von Personen ab 65 Jahren



Quelle: Haas (2011) in Anlehnung an Daten in Haberkm/Szydlik (2008)

In welchem Ausmaß Personen ab 65 Jahre zu Hause von Angehörigen oder zusätzlich von professionellen Pflegekräften betreut und gepflegt werden, lässt sich in folgende drei Kategorien nach dem Anteil der professionellen Unterstützung grob einteilen:

- 1) **Niedrige professionelle Unterstützung (< 5%):** Griechenland, Italien, Spanien, Österreich, Deutschland (könnte auch als expliziter Familialismus umschrieben werden, der durch teilweise bestehende gesetzliche Verpflichtung zu Care unterstützt wird)
- 2) **Mittlere professionelle Unterstützung (5 - 12%):** Niederlande und Frankreich (keine gesetzliche Verpflichtung zur Pflege)
- 3) **Hohe professionelle Unterstützung (> 12%):** Schweden, Dänemark und Schweiz, d.h. keine gesetzliche Verpflichtung zur Pflege; auch als De-Familialismus im Pflegebereich zu bezeichnen

Pflege der Eltern in Österreich

Wer pflegt?²

Mehr als 80% der pflegebedürftigen Menschen in Österreich werden zu Hause durch Angehörige gepflegt. Zu rund 80% wird diese Aufgabe von Frauen übernommen. 40% aller Betreuungsleistungen werden von Ehe- bzw. LebenspartnerInnen, mehr als ein Viertel von den eigenen Kindern (v.a. von Töchtern) erbracht.

Für 30% aller Hauptpflegenden stellt sich die Frage der Work-Life Balance, da sie neben der Pflege auch einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies entspricht einer Zunahme von 7% seit dem Jahr 1997, wobei die Tendenz steigend ist. Zwei Drittel aller Befragten (ÖBIG-Studie 2005) üben derzeit keine Erwerbstätigkeit aus, obwohl mehr als die Hälfte der Befragten (56%) vor Übernahme der Pflege berufstätig waren.

Zur sozioökonomischen Situation der pflegenden Angehörigen

47% der Betreuungspersonen verfügen über kein Monatseinkommen oder über ein Einkommen unter 700,- Euro (Monatsnetto-Durchschnitt ohne 13./14. Gehalt, exklusive eventuelle Abgeltung für Betreuungsleistungen). Rund ein Fünftel aller Betreuungspersonen verfügt über kein eigenes Einkommen, 91% davon sind wiederum Frauen.

82% der Betreuungspersonen sind pensionsversichert. Umgekehrt ist also bei rund einem Fünftel der Betreuungspersonen ihre eigene Altersversorgung nicht geklärt. Dies hängt einerseits mit den hohen Kosten der freiwilligen Selbst- bzw. Weiterversicherung zusammen, andererseits aber auch mit Informationsmangel und fehlendem Problembewusstsein (siehe Badelt et al. 1997).

Drei Viertel aller Betreuungspersonen versorgen PflegegeldbezieherInnen niedriger Stufen (Stufen 1 bis 3 von 7 zum Zeitpunkt der Erhebung) (ÖBIG 2005).

Die Mehrheit der pflegenden Angehörigen (58%) gab an, dass ein Pflegegeld die Betreuung zu Hause ermöglicht hat. Allerdings kann es keinen möglichen Ausstieg aus dem Erwerbsleben bzw. eine notwendige Reduktion der Arbeitszeit kompensieren. Es mangelt an einer langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Absicherung für pflegende Angehörige.

In einem Viertel der Fälle werden mobile Dienste in Anspruch genommen (Großteils Hauskrankenpflege, Heimhilfen und Essen auf Rädern). Als Gründe, warum mobile Dienst nicht (ausreichend) in Anspruch genommen werden, gelten zum einen eine grundsätzlich ablehnende Haltung (48%) sowie das Scheitern der Finanzierbarkeit (42%). Zwölf Prozent der befragten Personen gaben weiters an, dass in ihrer Umgebung keine Dienste angeboten werden.

² Daten aus: Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) Situation pflegender Angehöriger (2005), Wien.

Generell zeigt sich folgender Zusammenhang: Personen mit eigenem Einkommen, Vollzeitbeschäftigte und Personen mit höheren Schulabschlüssen nutzen signifikant häufiger das Angebot mobiler Dienstleistungen als Personen ohne eigenes Einkommen und aus bildungsferneren Schichten.

Die privaten Hauptpflegepersonen fühlen sich zu mehr als zwei Drittel (70%) bei ihrer Betreuungs- und Pflegearbeit zwischen „*ab und zu*“ und „*fast immer überbelastet*“. Als psychische Belastung werden insbesondere das Gefühl der Verantwortung, Überforderung und Aussichtslosigkeit erlebt. (siehe ÖBIG 2005)

Pflegegeld

Das 1993 eingeführte **Pflegegeld**³ (geregelt im Bundespflegegeldgesetz und diversen Landespflegegeldgesetzen) wurde geschaffen, um Familien zu entlasten. Vor allem in jenen Fällen, in denen beide Partner erwerbstätig sind und somit die Pflege von Angehörigen zu Hause ein zeitliches und organisatorisches Problem darstellt. Das Pflegegeld stellt eine zweckgebundene Leistung zur teilweisen Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen und daher keine Einkommenserhöhung dar. Die tatsächlichen Kosten für die Pflege übersteigen das gebührende Pflegegeld in den meisten Fällen.

Pflegefonds

Der **Pflegefonds** wurde im März 2011 zur Finanzierung von Initiativen wie dem Ausbau von mobilen Diensten, Tageszentren und der Möglichkeiten für Kurzzeitpflege geschaffen. Bis 2014 ist damit die Finanzierung der Pflegeleistungen mittelfristig gesichert; es stehen dem Fonds Geldmittel in der Höhe von 685 Millionen Euro zur Verfügung. Zwei Drittel finanziert der Bund, ein Drittel die Bundesländer und Gemeinden. Das Geld ist für Pflegemaßnahmen zweckgewidmet, ein eigenes Pflegefonds-Gesetz regelt die Aufteilung und Verwendung der Finanzmittel zur Sicherung und Ausbau von Pflegeleistungen (mobile Dienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Case- und Care-Management etc.). Die Länder haben in der Schwerpunktsetzung (z.B. mobil vor stationär) einen gewissen Spielraum, der sich nach den jeweiligen Aufbau- und Versorgungsplänen richtet. Das Pflegefondsgesetz legt weiters die Schaffung einer österreichweiten Pflegedienstleistungsstatistik fest und regelt die Auszahlung der Mittel auf Basis von transparenten Kriterien, die von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam beschlossen wurden. Im Zuge der Vereinbarung wird auch eine Strukturreform durchgeführt, bei der eine Zentralisierung der auszahlenden Stellen des Pflegegeldes von 303 auf nun nur mehr 8 geplant ist.

Der Pflegefonds soll die in der Pflege bis 2014 erwarteten Kostensteigerungen decken. Der Pflegefonds ist allerdings nur eine Übergangslösung. Wie die stetig wachsenden Pflegekosten dauerhaft gedeckt werden können, soll bis Ende 2012 von der Arbeitsgruppe zur Strukturreform im Pflegebereich erarbeitet und im Kontext von Finanzausgleichsvereinbarungen beschlossen werden.

³ Online Portal des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 31.5.2011; Wiener Zeitung, 17.3.2011; <http://www.help.gv.at/> 21. 6. 2011

Einstellungen zu Pflege aus Sicht der (potentiell) Pflegenden und Pflegebedürftigen

Ausgewählte Ergebnisse⁴

Laut der Ergebnisse einer Umfrage (*Population Policy Acceptance Survey*) stimmen 98% der ÖsterreicherInnen (völlig oder eher) der Aussage zu: *„Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen.“* Auf der anderen Seite beteuern rund 75% der ÖsterreicherInnen, dass es die *„Aufgabe der Kinder ist, sich um ihre alten Eltern zu kümmern“*. (Gisser 2003: 46, zitiert in Beham/Zartler 2010).

In der SHARE-Studie sprechen sich über 50-jährige ÖsterreicherInnen im Falle der Pflegebedürftigkeit mehrheitlich (52%) für eine Mischung familiärer und professioneller Hilfeleistungen aus. Nur ein Fünftel beteuert, dass *„hauptsächlich die Familie“* dafür zuständig sei.

Aus der Perspektive der Pflegebedürftigen zeigt sich, dass viele ältere Menschen in ihrer privaten Wohnung bleiben möchten. Sie würden vorziehen, dass persönliche Pflegeleistungen, wie etwa Körperpflege, nicht durch Verwandte, sondern durch ambulante Dienstleister erbracht werden.

Der Großteil der ÖsterreicherInnen spricht sich gegen Altersheime aus: Sieben von zehn Befragten sehen dies mehr oder weniger als die letzte Alternative, indem sie der Aussage zustimmen: *„Alte Menschen sollten nur dann im Altersheim leben, wenn sich niemand von der Familie um sie kümmern kann“*. Drei Viertel der Befragten möchte bei Betreuungsbedürftigkeit weiterhin zu Hause bleiben und allein mit Unterstützung Dritter im gewohnten Umfeld leben. Am Häufigsten (zu 40%) wünschen sich die Befragten Unterstützung von den Kindern bzw. der Familie und professionellen Hilfsdiensten.

70% der Befragten stimmen altersunabhängig voll oder eher der Aussage zu: *„Wenn ein Elternteil Hilfe bräuchte, würde ich meine Eltern fragen, ob sie bei mir leben möchten.“* 41% sind völlig bzw. eher der Meinung: *„Ich hätte es gerne, wenn meine alten Eltern mit mir zusammenleben würden“*.

Umgekehrt geben nur 3% der über 60-jährigen Frauen und Männer an, *„bei ihren Kindern leben zu wollen, wenn sie nicht mehr in der Lage wären, sich zu Hause allein zu versorgen“*.

Interessant ist an den obigen Umfragedaten, dass die Kinder häufig bereit wären, ihre alten, pflegebedürftigen Eltern bei sich aufzunehmen und mit ihnen zusammenzuleben. Hingegen wären im Falle einer Pflegebedürftigkeit deutlich weniger Personen bereit, zu ihren Kindern zu ziehen (Gisser 2003: 48, zitiert in Beham/Zartler 2010).

⁴ Beham, Martina & Ulrike Zartler (2010): Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen in betreuungsintensiven Lebensphasen, in: Bundesministerium f. Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ), Fünfter Österreichischer Familienbericht 2009, Band I: Familie und Beruf, Kapitel 8, 365-402.

Allgemeine Schlussfolgerungen

Neue Herausforderungen?

Work-Life Balance für Pflegende?

Als notwendige Verbesserungsvorschläge gelten aus Sicht der pflegenden Angehörigen folgende:

Mehr Informationen über rechtliche, pflegerische und medizinische Angelegenheiten, eine zentrale Anlaufstelle, eine telefonische Hotline, eine Erhöhung des Pflegegeldes, ein größeres Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen, mobile Dienste, Tagesbetreuungsstätten sowie die Schaffung von Nachtbetreuungsangeboten (siehe ÖBIG Endbericht 2005).

Das politische Ziel zur Pflege (des ÖBIG) ist es, *„den pflegebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben so lange wie möglich zu Hause zu ermöglichen“*. Im Jahr 2005 wirft die ÖBIG Studie folgende Empfehlungen (ÖBIG 2005, S. III) auf:

1. Qualitätssicherung, Beratungsdienste und Schulung in Form von Hausbesuchen
2. Stundenweise Beaufsichtigungsangebote für die Betreuung von an Demenz Erkrankten und eine wissenschaftliche Aufarbeitung der betreffenden Betreuungssituation
3. Alternative, flexible 24-Stunden-Bereitschaftsdienste, Tageszentren, Kurzzeitpflege-Angebote, Nachtbetreuung und Ausbau mobiler therapeutischer Angebote
4. Flächendeckender Ausbau der Dienste und Einrichtungen mit quantitativen und qualitativen Mindeststandards auf Bundesebene
5. Finanziell unterstützte Selbsthilfegruppen mit professioneller Moderation
6. Sozialversicherungsrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger, eine Pflichtversicherung für private Betreuungspersonen (Kranken- und Pensionsversicherung). Pflegeausgaben sollen für pflegende Angehörige steuermindernd absetzbar sein
7. Umfassende Interessenvertretung für pflegende Angehörige

Im Workshop gilt es zu diskutieren, inwieweit die genannten Forderungen bereits verwirklicht werden konnten bzw. welche Maßnahmen und Umsetzungsschritte sinnvoll wären, um pflegende Angehörige bei der Betreuung und Pflege zu unterstützen.

Zum Weiterlesen

Forschungsergebnisse

Zu den Themen WORK-LIFE BALANCE und CARE finden sich bspw. in folgenden EU Rahmenprogramm-Projekten relevante Informationen:

WORKCARE (2006-2009) war ein 6. EU-Rahmenprogramm-Projekt über die soziale Qualität und neue Zusammenhänge zwischen Arbeit, Betreuung und Wohlstand in Europa. Ziel war es, die sozialen und individuellen Hintergründe von Erwerb und Betreuung zu erfassen sowie die Wirkung von Beschäftigungs- und Sozialpolitiken zu erklären. Es erfolgten Sekundäranalysen von offiziellen Statistiken und internationalen Umfragen. Darüber hinaus wurden 111 qualitative Interviews mit Eltern durchgeführt. http://ec.europa.eu/research/social-sciences/projects/232_en.html; <http://www.abdn.ac.uk/socsci/research/nec/workcare/>

MULTILINKS (2008-2010) untersuchte auf europäischer Ebene, wie Veränderungen des sozialen Kontexts auf Makro- und Mikroebene soziale Integration, Wohlbefinden und Solidarität zwischen den Generationen beeinflussen. Auf der Ebene von Familien sowie im Zeitvergleich wurden Zusammenhänge zwischen nationalen und regionalen Strukturen und der individuellen Ebene intergenerationale Pflegearrangements beleuchtet. Die Daten dazu stammen aus dem „*Gender and Generations Program*“, einem System nationaler vergleichender Umfragen und Datenbanken, in dem momentan 12 Länder vertreten sind. <http://www.multilinks-project.eu/>

EUROFAMCARE (2003-2005) war ein 5. EU-Rahmenprogramm-Projekt das die Situation pflegender Angehöriger älterer Menschen im europäischen Vergleich untersuchte. In sechs nationalen Untersuchungen wurden die Erfahrungen der Betroffenen in persönlichen Gesprächen erhoben und eine postalische Befragung ausgewählter Anbieter unterstützender Dienstleistungen durchgeführt. Auf unterschiedlichen Ebenen wurden so die Rahmenbedingungen erhoben, unter denen Angehörige ältere Familienmitglieder betreuen. Neben Unterstützungs- und Entlastungsmaßnahmen wurde auch Verfügbarkeit, Bekanntheit, Nutzung und Akzeptanz dieser Möglichkeiten erhoben. Weiters wurden für 23 Länder an Hand von Literaturrecherchen und ExpertInnenbefragungen einheitlich strukturierte nationale Hintergrundberichte erstellt. <http://www.uke.de/extern/eurofamcare-de/>

EQUALSOC - Economic Change, Quality of Life and Social Cohesion (2005-2010) war ein vom 6. EU Rahmenprogramm gefördertes Exzellenznetzwerk. Das internationale Forschungsprojekt im Rahmen des EQUALSOC Forschungsnetzwerkes hatte das Ziel, die Auswirkungen von Arbeitsbedingungen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu untersuchen (quantitative ländervergleichende Analyse auf Basis von Umfragedaten - *European Social Survey* 2004/05). www.equalsoc.org

Publikationen

- Appelt, Erna & Weiss, Alexandra (Hg.) (2006): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Hamburg: Argumentverlag.
- Appelt, Erna et al. (Hg.) (2010): Who Cares? Pflege und Betreuung in Österreich. Eine geschlechterkritische Perspektive. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag.
- Appelt, Erna (2007): Die unsichtbaren Hände. Zur Lebens- und Arbeitssituation illegalisierter Hausarbeiterinnen- und Pflegekräfte, in AEP. *Zeitschrift für feministische Politik*, Heft 4.
- Appelt, Erna (im Erscheinen): Europäisierung nationalstaatlicher Betreuungsregime, in: Appelt, Aulenbach, Wetterer (Hg.): Gesellschaft – Feministische Krisendia-gnoson. Wiesbaden: VS Verlag.
- Badelt, Christoph; Holzmann-Jenkins, Andrea; Matul, Christian & Österle, August (1997): Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, Forschungsbericht, Wien.
- Beham, Martina & Zartler, Ulrike (2010): Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen in betreuungsintensiven Lebensphasen, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ), Fünfter Österreichischer Familienbericht 2009, Band I: Familie und Beruf, Kapitel 8, 365-402. <http://www.bmwfj.gv.at/Familie/Familienforschung/>
- Da Roit, Barbara; Le Bihan, Blanche & Österle, August (2007): Long-term Care Policies in Italy, Austria and France: Variations in Cash-for-Care Schemes. In: *Social Policy and Administration*, 41 (6), 653-671.
- Dawid, Evelyn; Ludescher, Martin & Trukeschitz, Birgit (2008): Was will man noch mehr machen als Arbeitszeit flexibilisieren, Telearbeitsplätze, Karenzierungen ...? Eine qualitative Studie über pflegefreundliche Maßnahmen in Wiener Unternehmen. Wien: Forschungsbericht 2/2008 des Forschungsinstituts für Altersökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Haas, Barbara (2011): Who cares? Kinderbetreuung und Altenpflege im europäischen Ländervergleich, Vortrag an der Universität Fribourg (Schweiz) im Rahmen der Vortragsreihe 2011: Unsicherheiten im Lebensverlauf (Prof. Dr. Monica Budowski), 5. April 2011.
- Haberkern, Klaus & Szydlík, Mark (2008): Pflege der Eltern – Ein europäischer Vergleich, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 60 (1), 78 – 101.
- Mühlmann, Richard; Trukeschitz, Birgit; Schneider, Ulrike & Ponocny, Ivo (2011): Vereinbarkeitsproblem 2.0. Die Arbeitsplatzsituation pflegender Angehöriger - Befunde für Wien auf Basis von VIC2008. In: "Die Angehörigen wissen am Besten was gut ist". Eine Analyse des Systems der familiären Langzeitpflege und dessen Auswirkungen auf die Lage pflegender Angehöriger. Kreimer, Margareta; Meier, Isabella (Hg.), 115-140. Graz: Leykam.
- Österle, August (Hg.) (2011): Long-term Care in Central and South Eastern Europe. Frankfurt: Peter Lang.

- Österle, August (2010): Long-Term Care in Central and South-Eastern Europe: Challenges and Perspectives in Addressing a 'New' Social Risk, in: *Social Policy & Administration*, Vol 44. No. 4, 461-480.
- Österle, August; Friedl, Daniela & Leitner, Astrid (2010): Wohlfahrtsstaat und informelle Pflege. Eine geschlechterkritische Betrachtung. In: Appelt, E.; Heidegger, M.; Preglau, M. & Wolf, M.A. (Hg.): Who Cares? Betreuung und Pflege in Österreich: Eine geschlechterkritische Perspektive, 69-76. Innsbruck: Studienverlag,
- Österle, August & Hammer, Elisabeth (2007): Care Allowances and the Formalisation of Care Arrangements: The Austrian Experience. In: Unger-son, C.; Yeandle, S. (Hg.): Cash for Care Systems in Developed Welfare States, 32-59. London: Palgrave Macmillan.
- Österle, August & Rothgang, Heinz (2010): Long-term Care. In: Castles, F.G., Leibfried, S.; Lewis, J.; Obinger, H., Pierson, C. (Hg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*, 405-417. Oxford: Oxford University Press.
- Saraceno, Chiara & Keck, Wolfgang (2010): Can we identify intergenerational policy regimes in Europe? In: *European Societies* 12 (5), 675-696.
- Schneider, Ulrike; Mühlmann, Richard; Trukeschitz, Birgit & Ponocny, Ivo (2011): "Do I stay or do I go?" – Job Change and Labor Market Exit Intentions of Informal Caregivers to the Elderly. Submitted for publication to the *Journal of Health Economics*.
- Schneider, Ulrike; Trukeschitz, Birgit; Mühlmann, Richard; Jung, Reinhard; Katzlinger, Magdalena; Ponocny, Ivo & Österle, August (2009): Wiener Studie zur informellen Pflege und Betreuung älterer Menschen 2008 (Vienna Informal Carer Study - VIC2008). Studiendesign und deskriptive Ergebnisse. Wien: Forschungsbericht 1/2009 des Forschungsinstituts für Altersökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Steiber, Nadia & Haas, Barbara (2010): Begrenzte Wahl – Gelegenheitsstrukturen und Erwerbsmuster in Paarhaushalten im europäischen Vergleich, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 62(2), 247-276.
- Trukeschitz, Birgit; Mühlmann, Richard; Schneider, Ulrike; Jung, Reinhard & Ponocny, Ivo (2009): Im Spannungsfeld zwischen Beruf und Pflege - Ergebnisse der "Wiener Studie zur Betreuung und Pflege älterer Angehöriger" (VIC2008). *Kontraste* (Dez.), 10-14.
- Trukeschitz, Birgit; Mühlmann, Richard; Schneider, Ulrike; Ponocny, Ivo & Österle, August (2009): Arbeitsplätze und Tätigkeitsmerkmale berufstätiger pflegender Angehöriger. Befunde aus der Wiener Studie zur informellen Pflege und Betreuung älterer Menschen 2008 (VIC2008). Wien: Forschungsbericht 2/2009 des Forschungsinstituts für Altersökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Trukeschitz, Birgit; Schneider, Ulrike & Mühlmann, Richard (2011): The influences of informal caregiving on work-related strain – an empirical investigation. Submitted for publication to the *Journal of Gerontology*.

Überblick über das WORKCARE SYNERGIES Projekt

Project	WORKCARE SYNERGIES - Dissemination of Synthesized Framework Programme Research Findings
Coordinator	Institute for Advanced Studies (IHS), Austria
Consortium	University of Aberdeen (UNIABDN), Scotland, UK Roskilde University (UNIRUC), Denmark Vienna University of Economics and Business (WU Wien), Austria TARKI Social Research Institute (TARKI), Hungary University of Warsaw (UWAR), Poland University of Florence (UNIFI), Italy CIES-ISCTE (CIES-ISCTE), Portugal University of Brighton (UoB), UK
European Commission	Marc Goffart, DG Research
Duration	January 2010 – December 2011
Budget	600 000 €
Funding Scheme	Seventh Framework Programme Theme 8, Socio-economic sciences and humanities (SSH), 8.1 Measures to support dissemination of research results
Website	www.workcaresynergies.eu
Further Information	Further information about local dissemination events and materials, the underlying FP research projects, newsletters, short films, policy briefs etc. can be accessed on our project website.
Contact (Coordinator)	Michaela Gstrein, gstrein@ihs.ac.at Liliana Mateeva, mateeva@ihs.ac.at
Local Contact	Barbara Haas, Barbara.Haas@wu.ac.at (project coordinator WU team) Nadia Steiber, Nadia.Steiber@eui.eu (assistant project coordinator)

Film



Projektmitarbeit Projektteam:

Mag. Dr. Barbara Haas (Projektleiterin, Soziologin, Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung, WU Wien)

Mag. Dr. Nadia Steiber (stv. Projektleiterin, Soziologin, Marie Curie Fellow, European University Institute, Florenz)

Dr. Margarethe Engelhardt-Krajanek (Wissenschaftsjournalistin, Ö1)

Mag. Anita Gritsch (Kommunikationsexpertin, Soziologin und Anglistin)

Film: Dr. Edith Bachkönig (Regisseurin ORF/BR-Alpha)

Wissenschaftlicher Beirat:

Univ. Prof. Mag. Dr. Erna Appelt (Universität Innsbruck)

Dipl.-SP/SA (FH) Doris Boland-Skiera (eingetragene Mediatorin)

Mag. Katharina Meichenitsch (Sozialexpertin, Diakonie Österreich)

Mag. Sybille Pirklbauer (Politologin, Arbeiterkammer-Wien, Abteilung Frauen-Familien)

ao. Univ. Prof. Dr. August Österle (WU Wien)

Univ. Prof. Dr. Ulrike Schneider (WU Wien)

Univ.-Ass. Mag. Dr. Ulrike Zartler (Soziologin, Institut für Soziologie, Universität Wien)

Administration

Hanne Esterwitsch und Katharina Oberfellner
